

Offizielle
Arbeitslosigkeit im
Januar 2017

2.777.387

Tatsächliche
Arbeitslosigkeit im
Januar 2017

3.704.557*

*** Nicht berücksichtigt wurden:**

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	158.460
Ein-Euro-Jobs	71.977
geförderte Arbeitsverhältnisse	7.649
fremd geförderte Arbeitsverhältnisse	211.018
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	8.133
berufliche Weiterbildung	167.204
Aktivierung und berufliche Eingliederung	222.640
Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Arbeitslose	2.622
Krankheit (§146 SGB III)	77.467
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	927.170

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Arbeits- und
Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht 01/2017

Hohe Langzeitarbeitslosigkeit, schlechte Jobs: Zeit für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 31. Januar 2017

„Weiterhin sind fast eine Million Menschen in Deutschland langzeiterwerbslos. Viele Menschen mühen sich jahrelang vergeblich um eine Arbeitsstelle. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt mit 3,7 Millionen Menschen, von denen über 900.000 nicht mehr in der offiziellen Statistik gezählt werden, so hoch, dass man von einer dauerhaften Krise am Arbeitsmarkt sprechen muss“, erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zur heutigen Vorstellung des Monatsberichts der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

„Besonders betroffen sind Ungelernte. Jeder und jede Fünfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung hat keinen Job. Das macht deutlich, wie nötig eine Aufstockung der Mittel für Qualifikation und Weiterbildung ist. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, dass sie eine echte Chance auf den Berufseinstieg bekommen und nicht in die Jugendarbeitslosigkeit rutschen.“

Die Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die entstehenden Jobs oft kein ausreichendes Einkommen garantieren und schlechte Arbeitsbedingungen bieten. Das hat die aktuelle Studie des WSI belegt: Gerade in den 7,4 Millionen Minijobs wird in rund der Hälfte der Fälle nicht einmal der Mindestlohn gezahlt.